

Kardinal Reinhard Marx über die „Entweltlichung“ der Kirche, das Staat-Kirche-Verhältnis in Deutschland und die Wiederverheiratung Geschiedener

"Der Souverän ist Jesus Christus. Nicht das Volk"

Interview in der Tageszeitung „DIE WELT“ © vom 12. Dezember 2011

Das Gespräch führte Gernot Facius

Wissen Sie, was das größte Problem der Kirche in Deutschland ist? Sie hat zuviel Geld. Ein Zitat...

... von Joseph Ratzinger als Erzbischof von München und Freising in einem Gespräch mit dem Philosophen Robert Spaemann.

Ist es das, was er als Papst Benedikt XVI in seiner Freiburger Rede im September ausdrücken wollte?

Im Prinzip, ja. Er wollte sagen: Passt auf, dass Ziele und Mittel im rechten Verhältnis zu einander stehen. Denn wenn die Mittel die Ziele bestimmen, dann seid ihr in einer falschen Spur. Das ist eine Warnung, die ich für berechtigt halte.

Die Kirche hat viele Mittel, die große Frage ist heute: Was ist geistig noch gedeckt? Papst Benedikt warnte schon 1994 als Kurienkardinal vor einem Missverhältnis zwischen institutionellem Panzer und geistiger Kraft.

Auch mich und andere Bischöfe beschäftigt diese Frage immer wieder. Aber wie misst man geistige Kraft? Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir als Kirche in Deutschland eine besondere Situation. Unser Staat ist vom Subsidiaritätsgedanken geprägt, der es den freien Trägern ermöglicht, aktiv im sozial-karitativen und im Bildungsbereich tätig zu sein, was uns natürlich viele Chancen eröffnet. Das hat Papst Benedikt gegenüber dem neuen deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl ausdrücklich gewürdigt. Der Staat gewährt diese Möglichkeiten nicht gönnerhaft, sondern weil er subsidiär denken will – gegenüber den Kirchen und anderen freien Trägern. Die Gefahr eines Missverhältnisses, von dem Sie sprechen, besteht also nicht nur für die Kirchen, sondern auch für alle anderen: Ob sie das, was sie tun, mit ihren Inhalten auch füllen können. Darin sehe ich weiterhin eine große

Herausforderung, aber auch eine Chance. Ich warne vor zu einfachen Antworten, etwa im Sinne eines „Gesundshrumpfens“. Diesen Begriff mag ich überhaupt nicht. Er bezeichnet ein Krankheits-, kein Gesundheitsbild.

Der Kirche sind viele Aufgaben zugewachsen. Kann sie auch wieder etwas abgeben?

Es gibt sicher eine Grenze, an der wir sagen müssen, manche Dinge können wir nicht mehr tun. Und das geschieht ja auch. Man sollte nicht ein Dogma aufstellen: Alles, was die Kirche jemals getan hat, muss sie in alle Ewigkeit tun.

Das Thema „Entweltlichung“, vom Papst in die Debatte eingeführt, sorgt noch immer für Irritationen.

Ja, er mag bei einigen auf Missverständnis gestoßen sein. Im Kontext der Rede wurde ja deutlich, dass es Papst Benedikt auf keinen Fall darum geht, Kirche und Welt gegeneinander zu stellen. Es geht ja um die Verwandlung der Welt vom Christuseignis her. Der Papst appelliert gerade deshalb an uns alle, aufzupassen, dass Kirche wirklich Kirche bleibt, und nicht verlängerter Arm des Staates wird, nicht eine Wohltätigkeitsorganisation, nicht eine Werteagentur oder Zivilreligion. Diese Gefahr ist doch nicht von der Hand zu weisen. Man sollte das Wort „Entweltlichung“ aber nicht als Kampfbegriff benutzen.

Kritiker wenden ein, Staat und Kirche in Deutschland seien sich zu nahe. Wie kann die Kirche trotz dieses Nahverhältnisses ihre Unabhängigkeit bewahren?

Ich meine, die Kirche hat ihre Unabhängigkeit deutlich genug bewiesen. Nehmen Sie nur unsere Stellungnahmen zum Lebensschutz, zu Ehe und Familie, zur Friedensfrage, zum Beispiel zum Irak-Krieg. Da können Sie nicht feststellen, dass die Kirche eine „Staatskirche“ ist.

Es wird niemand ernsthaft an der Statik des Staat-Kirche-Verhältnisses rühren. Aber es gibt in der Politik immer wieder Versuche, dieses Verhältnis zu lockern. Und es gibt deutliche Kritik nicht nur an den Staatsleistungen, sondern auch am kirchlichen Arbeitsrecht, so jetzt wieder seitens der Grünen.

Beim Thema Staatsleistungen sind wir ja offen für Gespräche. Manches historisch Gewachsene muss man nicht, so wie es war, weiterführen. Der „Dritte Weg“, das eigenständige kirchliche Arbeitsrecht, ist aber verfassungsrechtlich geregelt. Da müsste man an die Verfassung heran gehen. Wer möchte das schon wollen? Über die

Staatsleistungen sind wir in Bayern mit dem Staat im Gespräch. Wir verschanzen uns nicht hinter Abwehrmauern. Wenn es aber um die Grundfrage geht - ich sage es einmal provokativ „Will Deutschland ein laizistischer Staat werden?“ -, da haben wir als Kirche eine klare Gegenposition. Weil sich der Staat dann nämlich selber in eine Richtung entwickeln würde, die demokratiethoretisch bedenklich wäre. Der Staat lebt ja davon, dass er nicht alles abdeckt und bestimmt. Deshalb ist es gut, dass die Kirche in diesem Gemeinwesen öffentlich wirken kann. Ich finde es von daher positiv, dass wir in Deutschland einen gewissen Mittelweg haben, ein kooperatives Verhältnis von Staat und Kirche - keine Staatskirche, aber auch keinen radikalen Laizismus. Das ist die zukunftsfähigere Variante, auch im Hinblick auf Europa.

Und Sie sehen keine Einfallstore für einen Laizismus?

Natürlich höre ich solche Stimmen. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass die Verantwortlichen in den großen Parteien, aber auch in der Wissenschaft, sich den demokratiethoretischen Argumenten, die ich genannt habe, verschließen. Was aber nicht bedeutet, dass in vielen Einzelpunkten immer diskutiert wird. Aber das ändert nichts an dem großen Konsens im Grundgefüge.

Nochmals gefragt: Kann die Kirche auch wieder etwas von dem abgeben, was ihr zugewachsen ist?

O ja. Darüber denke ich wirklich nach. Es wurden ja schon Ordenseinrichtungen abgegeben, etwa Krankenhäuser oder Schulen. Um unsere Einrichtungen inhaltlich zu profilieren, brauchen wir ja finanzielle aber besonders personelle Ressourcen, also Mitarbeiter, die unsere Ziele leben. Deshalb müssen wir uns auch immer wieder fragen: Haben wir genug getan, damit die Mitarbeiter unsere Ziele auch leben können? Denken sie etwa an die Caritas in Ostdeutschland: Nicht alle Mitarbeiter sind katholisch, wichtig ist aber, dass sie unser christliches Menschenbild mittragen und dabei kann man ihnen helfen.

Stichwort „Weltbild“-Konzern: Ist die Kirche gut beraten, sich von diesem Instrument, das auch ihre Ziele fördern könnte, radikal zu trennen?

Hier sind wir wieder beim Thema Ziele und Mittel. Die Mittel sind in einer Weise gewachsen, wie es sich die Gründer nicht haben vorstellen können. Und vielleicht haben sie es auch nicht genau verfolgt. Ich habe schon als Bischof von Trier gefragt: Sind wir eigentlich als Kirche in der Lage, ein so großes Unternehmen zu verantworten? Hier geht es ja nicht um eine kirchliche Einrichtung im engeren Sinn. Es geht um ein erwerbswirtschaftliches

Unternehmen, das auf dem europäischen Markt tätig ist, und die Bistümer sind Gesellschafter. Ist es eigentlich Aufgabe der Bischöfe, erwerbswirtschaftlich tätig zu sein? Das war für mich schon immer eine wichtige Frage. Deshalb ist die Diskussion berechtigt, ob das so weiter gehen kann.

Sie stehen also voll hinter der Entscheidung, sich von dem Unternehmen zu trennen?

Ich glaube, die Entscheidung ist richtig, den Verkauf in die Wege zu leiten. Wir müssen dabei in verantwortlicher Weise vorgehen, auch im Blick auf die Mitarbeiter, denn hier wird die sozial-ethische Dimension berührt. Vorerst sind wir weiter Eigentümer. Deshalb müssen die Dinge, die nicht verantwortbar sind, abgestellt werden. Ich erwarte vom Aufsichtsrat, dass er dieser Verpflichtung voll nachkommt und dass ein vernünftiges, auch sozialetisch akzeptables Konzept für die Trennung auf den Tisch gelegt wird.

Herr Kardinal, Sie haben unter anderem für einen veränderten Umgang der Kirche mit wiederverheirateten Geschiedenen plädiert und wohl auch mit dem Papst darüber gesprochen. Wie hat er reagiert?

Über ein Gespräch mit dem Papst berichtet nur der Papst selbst. Ich spüre natürlich, dass die Situation für viele Menschen bedrängend ist. Sie betrifft viele Familien. Aber die katholische Kirche wird daran festhalten, dass es nur eine sakramentale Ehe gibt, dass die eheliche Verbindung von Mann und Frau, die offen ist für Kinder, einen besonderen Charakter hat. Die Frage ist allerdings: Wie geht man mit dem Scheitern einer Ehe um? Ich muss klar sagen: Ich habe keine einfache Antwort. Ich kann mir nicht vorstellen, dass gesagt wird: Von heute an können alle die Sakramente empfangen. Aber genauso gilt: Wenn die kirchliche Moral als eine Moral nur des Nein dasteht, ist das problematisch. Denn der Sinn der Predigt Jesu ist doch, Leben zu ermöglichen, die Menschen nicht wegzustoßen, sondern sie anzunehmen. Das wird für viele in dieser Frage nicht sichtbar.

Warum orientiert man sich nicht am Beispiel der orthodoxen Kirchen, die hier großzügiger verfahren?

Die orthodoxen Kirchen halten auch an der einmaligen sakramentalen Ehe fest. Das andere ist eine geduldete Ehe. Ob das eine Lösung wäre für uns, ist eine theologische Frage, die wir diskutieren können. Wir müssen weiter nachdenken, das Problem bedrückt mich. Aber ich sehe jedenfalls keine einfachen Lösungen.

Herr Kardinal, es fiel auf, dass Sie sich für synodale Strukturen in der Kirche einsetzen.

Die Kirche hat ganz klar synodale Elemente. Das heißt: Beratung über wichtige Fragen, auch Abstimmungsverfahren, und das eigentlich schon länger als es die moderne Demokratie gibt. Ich verweise nur auf die Konzilien. Aber das Synodale ist etwas anderes als ein parlamentarisches Verfahren. Es gibt zwar gewisse Ähnlichkeiten, aber der Souverän in der Kirche ist Jesus Christus. Nicht das Volk. Es ist allerdings sehr wichtig, dass die Partizipation auch von der Theologie des Volkes Gottes her ein zentraler Gedanke ist. Alle Getauften und Gefirmten haben Anteil am Königs-, Priester- und Prophetenamt Christi. Das war vielleicht nicht immer so präsent in der Kirchengeschichte. Synode heißt dann: Gemeinschaft suchen und in wichtigen Punkten Übereinstimmung finden, nicht nur eine Mehrheit, und zwar eine Übereinstimmung auch mit der gesamten Kirche und ihrer Tradition. Wir sind kein Verein, der beschließt: Nun machen wir mal eine neue Satzung und fangen beim Punkt Null an.

Sie haben in Ihrer Erzdiözese eindringlich vor der Forderung nach dem Diakonat der Frau gewarnt. Man ist Ihnen nicht gefolgt. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat die Forderung erhoben. Sind die Beziehungen zum ZdK nun belastet?

Es ist nicht hilfreich, wenn die Laien-Vertreter jetzt ohne die Bischöfe bestimmte theologische Forderungen stellen. So stelle ich mir synodales Handeln in der Kirche nicht vor. Natürlich können auch solche Gremien zu innerkirchlichen Fragen Aussagen machen. Aber das muss in einer vorsichtigen Weise geschehen. Es geht hier um eine sehr grundsätzliche Frage. Das schließt nicht aus, dass wir weiter darüber nachdenken, was im Blick auf die notwendige bessere Beteiligung von Frauen in der Kirche, auch und gerade im Bereich der Leitungsaufgaben, getan werden kann.

2010 wurde von der Missbrauchsaffäre beherrscht. Beruhigt es Sie, dass durch die Intensität der Debatte nun das gesamtgesellschaftliche Problem deutlich wurde?

Das beruhigt mich nicht. Das hat mich noch mehr erschrocken. Das Gefühl ist mir fremd, zu sagen, andere sind ja auch schuldig geworden. Es bleibt bei dem Schrecken, dass es im kirchlichen Bereich so etwas gegeben hat. Die Arbeit am Runden Tisch, und das ist positiv zu würdigen, hat gezeigt, dass das Thema Missbrauch als gesamtgesellschaftliches Problem erkannt worden ist. Nun muss versucht werden, beim Thema Opferschutz und Prävention voranzukommen. Was uns als Kirche möglich ist, das versuchen wir zu tun.

Ein anderes gesamtgesellschaftliches Thema: der Rechtsradikalismus. Wie positioniert sich die katholische Kirche in dieser Diskussion, auch über ein NPD-Verbot?

Das Erschrecken über die bekannt gewordenen Mordtaten sitzt sehr tief. Es verstört mich sehr, dass mit Steuergeldern eine Partei wie die NPD unterstützt wird, dass öffentliche Gelder an eine Partei fließen, die ausländerfeindlich ist. Da muss man eine Lösung finden. Ich sage es noch einmal: Es ist zutiefst verstörend für eine demokratische, eine offene Gesellschaft, wenn wir praktisch gezwungen sind, mit Steuergeldern rechtsextremistische Propaganda zu unterstützen. Das abzustellen ist Sache der Politik und der Rechtsprechung, das geht über meine Kompetenz hinaus.